

«Eine typisch schweizerische Schwäche»

FINANZPLATZ Der Verkauf der Bank Wegelin sorgte für grosses Aufsehen. FDP-Nationalrat Philipp Müller wirft den USA Fiskalimperialismus vor, kritisiert aber auch die Banken.

INTERVIEW BALZ BRUPPACHER
balz.bruppacher@luzernerzeitung.ch

Philipp Müller, wie beurteilen Sie die Übernahme des Nicht-US-Geschäfts der Bank Wegelin durch die Raiffeisen-Gruppe? Ist das eine wegweisende Lösung im Steuerstreit mit den USA?

Philipp Müller: Hoffentlich nicht! Das Parlament ist zurzeit daran, das Doppelbesteuerungsabkommen mit den USA zu erneuern. Darin werden die rechtsstaatlichen Spielregeln für die Amtshilfe bei solchen Fällen geregelt. Daran sollen sich sowohl die USA wie die Schweiz halten.



«Die Banken haben ganz klar Fehler gemacht.»

PHILIPP MÜLLER,
FDP-NATIONALRAT

Es kann nicht sein, dass wir in der Schweiz eine Bank nach der andern aufgeben müssen, weil die amerikanische Steuerbehörde die Rechtsstaatlichkeit aushebeln will und fiskalimperialistische Züge an den Tag legt. Für Wegelin scheint es eine

plausible Lösung zu sein. Die Nicht-US-Kunden werden so vor Schaden geschützt.

Was sagen Sie zum Verhalten der Bank Wegelin, US-Kunden mit unversicherten Geldern anzunehmen, die 2008 bei der UBS weggewiesen worden waren?

Müller: Das war total ungeschickt. Es war ja schon damals bekannt, dass die USA jene Kunden der UBS im Visier hatten, die den amerikanischen Fiskus austricksen wollten. Koni Hummler sagte, seit damals hätte ein Paradigmawechsel stattgefunden. Offenbar aber zu spät. Die Schweiz hat einer Supermacht, von der sie unter Druck genommen wird, wenig entgegenzusetzen. Zumal es die Banken selber waren, die den USA geradezu eine Steilvorlage vorgespielt haben. Die Banken haben ganz klar Fehler begangen und kommen jetzt aber auch entsprechend unter die Räder.

Wie wird sich diese Kapitulation auf die Verhandlungen mit den USA und auf die Lage der anderen 10 Banken auswirken, die im Visier der US-Justiz sind?

Müller: Für die anderen Banken könnte es genauso gefährlich werden. Einerseits ist es eine typisch schweizerische Schwäche, unter grossem Druck einzuknicken, andererseits hat uns das Verhalten der involvierten Banken nicht allzu viel Verhandlungsspielraum gelassen.

Mit Wegelin verschwindet die älteste Privatbank vom Finanzplatz. Wird die Umstellung auf die Weissgeldstrategie noch weitere prominente Opfer fordern? Was ist zu tun, auf Seiten des Finanzplatzes und auf Seiten der Behörden?

Müller: Das erneuerte Doppelbesteuerungsabkommen mit den USA war ja erst kürzlich zur Beratung in der Wirtschaftskommission des Nationalrates und wird voraussichtlich in der März-Session im Plenum beraten. In der Kommission haben wir das Abkommen unter dem protokollarisch ausdrücklich festgehaltenen Vorbehalt akzeptiert, wonach unsererseits eine Inkraftsetzung erst erfolgen darf,

wenn eine Gesamtlösung auf dem Tisch liegt. Wir wollen damit endlich Tabula rasa machen und verhindern, dass alle Jahre wieder irgendwelche Altlasten zum Vorschein kommen und unseren Finanzplatz in Schwierigkeiten bringen. Der Finanzplatz seinerseits ist gehalten, eine konsequente Weissgeldstrategie zu verfolgen. Alles andere ist kein Geschäftsmodell für die Zukunft.

Sie erwarten eine rasche Verabschiedung des ergänzten Doppelbesteuerungsabkommens mit den USA?

Müller: Die aktuelle Entwicklung zeigt auf,

dass das Parlament raschmöglichst das Doppelbesteuerungsabkommen mit den USA beraten und beschliessen muss. Darauf bauend muss der Bundesrat mit den USA eine umfassende Gesamtlösung für sämtliche Banken und sämtliche Altlasten ausarbeiten. Jetzt pressiert es halt wieder einmal mehr.

Wie beurteilen Sie das Verhältnis zwischen Politik und Finanzplatz?

Müller: Es ist für die Politik sehr ärgerlich und inakzeptabel, wenn immer wieder neue Fälle von Fehlverhalten einiger Banken ans Licht kommen und die Schweiz

damit erpressbar wird. Das Parlament hat nach meiner Beobachtung keine grosse Lust mehr, immer wieder die Probleme der Banken zu lösen. Es kann durchaus sein, dass die Politik plötzlich nicht mehr mitmacht, dann haben wir einen Scherbenhaufen. Und das liegt letztlich auch nicht im Interesse der Schweiz.

HINWEIS

► Philipp Müller (59) ist seit 2003 als Vertreter der Aargauer FDP im Nationalrat. Er ist Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben und der Staatspolitischen Kommission. Von Beruf ist Müller Generalbauunternehmer. ◀